

Basel Stadt Land Region

«Es braucht von den Lehrern mehr Engagement»

Mustafa Atici über das Bildungswesen Der Basler SP-Regierungsrat ist 100 Tage im Amt. Er setzt alles daran, dass möglichst viele Junge eine Lehre machen – und er wünscht sich baldmöglichst Förderklassen.

Sebastian Briellmann

Mustafa Atici sitzt an diesem Donnerstagmorgen in der Allgemeinen Gewerbeschule Basel und setzt damit, natürlich nicht ganz zufällig, ein Statement. An seinem 100. Tag als Erziehungsdirektor wird an der Örtlichkeit, in die er geladen hat, erkennbar, welche Prioritäten der SP-Mann in seinem Departement verfolgen will. Es geht mehr um die Lehre als um ein Doktorat, ums Gewerbe und weniger um Gender Studies, um Berufs- statt um Bachelorabschlüsse.

Es ist auch nett, dass die Kadermitarbeiterinnen des Erziehungsdepartements ihm zur Seite stehen, Aticis Start loben. Ob sie ihm allerdings einen Gefallen machen, wenn sie zur Stärkung der Berufsbildung sagen, dass ein Kind bereits in der Primarschule etwa «Resilienz» für die spätere Laufbahn erlernen sollte: Dann kann man schon fragen: Muss ein Primarschüler mit der Begrifflichkeit der Resilienz – der psychischen Widerstandskraft – konfrontiert werden?

Da muss Atici dagegenhalten, gegen diese Sprache der Verwaltung. Es ist eine süsse Versuchung, die eigene Arbeit mit diesem hochtrabenden, aber schwer verständlichen Akademiker-Sprech glänzen zu lassen, ohne wirklich etwas zu tun. Beim Treffen mit der BaZ in Aticis Büro an der Leimenstrasse ist die einzige süsse Versuchung jedoch ein Gebäck, das Atici aus seinen Ferien in der Türkei mitgebracht hat.

Dass er jedoch selber Verantwortung übernehmen will, macht Atici gleich klar: «Ich möchte entscheiden. Als Unternehmer bin ich das gewohnt, das hilft mir jetzt.» Nicht immer einfach, heisst es doch immer von Unternehmern, die in politische Ämter gewählt werden, dass sie sich ausgebremscht fühlen. Atici meint: «Ich bin ungeduldig. Das ist jetzt so. Ich merke schon: Wenn ich vorwärts machen will, ist es nicht einfach, zu warten. Aber ich weiss ja auch: Politische Prozesse brauchen ihre Zeit.»

Von denen gibt es genug. Das spürt der SP-Mann. «Ich gehe früher aus dem Haus, komme später heim. Aber meine Frau sagt, ich sei zufrieden, das sehe man. Und so fühle ich mich auch.» Er wirkt auch tatsächlich so, als er sich setzt, um Auskunft über die wichtigsten Themen zu geben.

Mustafa Atici, das alles überragende Thema im Erziehungsdepartement ist die integrative Schule. Sie gilt als gescheitert. Sehen Sie das mittlerweile auch so dezidiert? Sie kennen meine Position: Ich bin nicht gegen Integration, davon braucht es möglichst viel – aber die Probleme sind heute zu gross. Wir haben schon Massnahmen wie Fördergruppen, Lerninseln – auch die Separation, wenn es mit einem Kind gar nicht geht. Aber es ist zu wenig. Ich glaube, wir sind auf gutem Weg mit dem Kompromissvorschlag der Bildungskommission.



Er ist ein Mann der Berufsbildung: Der Basler Erziehungsdirektor Mustafa Atici. Foto: Dominik Plüss

Die Initianten sind derselben Meinung, würden die Förderklasseninitiative zurückziehen, wenn sie zwei Gewissheiten bekommen. Erstens: Es muss Förderklassen geben, wo nötig – und es darf für die Schulen nicht in einer Kann-Option enden. Ist das auch in Ihrem Sinn?

Ja. Aber ich möchte doch sagen: Es braucht nicht überall Förderklassen. Aber wo sie nötig sind: Da sollen sie kommen.

Also können Sie sagen: Es wird in 12 Monaten bereits Förderklassen geben.

Das würde ich mir wünschen. Aber ich kann die Debatten im Grossen Rat und in der Regierung natürlich nicht vorwegnehmen. Das möchte ich auch nicht. Aber realistisch ist es auf jeden Fall.

Sie haben in Ihren ersten 100 Tagen einige Schulen besucht. Kommen die Schulleiter und die Lehrer mit der Forderung nach Förderklassen auf Sie zu?

Nicht alle, manche kommen mit den bisherigen Angeboten wie Lerninseln oder einer Doppelbesetzung bei den Lehrerinnen gut zurecht. Aber ich darf Ihnen sagen: Eine Schule hat den Wunsch nach Förderklassen klar geäussert. Und ich sage Ihnen auch: Ich denke, dass sie diese bekommen, sobald es möglich ist.

Der zweite Punkt, der die Initianten stört: Nicht in Förderklassen geschickt

«Ich möchte nicht zehn verschiedene unkonkrete Massnahmen pro Standort.»

werden sollen Schüler mit auffälligem Verhalten, die nicht auf Lernschwächen zurückzuführen sind. Dabei geht es doch genau um diese... Diese schwierigen Schüler hat es doch schon immer gegeben.

Ja, und diese gingen früher in die Kleinklassen.

Aber das wollen wir ja nicht mehr, weil sie nicht für alle Kinder passen. Wir wollen die richtigen Massnahmen für jedes Kind. Egal, ob das eine Lerninsel, eine Fördergruppe, eine Förderklasse ist. Das Ziel ist ja die Rückführung in die Regelklasse. Klar ist einfach: Wo es Probleme gibt, schaue ich hin – und darum bin ich auch nicht gegen strenge Massnahmen wie Förderklassen.

Das klingt auf dem Papier wunderbar. Aber es droht doch die Verzettelung, was Ihnen als Unternehmer missfallen muss. Einer geht ins Time-out, drei weitere auf die Lerninsel, vier in Fördergruppen,

drei in eine Förderklasse – und von den sieben, die von zwei Lehrerinnen in der Regelklasse unterrichtet werden, haben noch zwei eine heilpädagogische Begleitung.

Da haben Sie sicher einen Punkt. Sie müssen aber auch sehen, dass die Problematiken der Kinder vielfältiger werden und sich nicht jeder Lösungsversuch bei jedem Kind gleich auswirkt. Ich bin überzeugt: Der Grosse Rat wird in seinem Entscheid klar sagen, was er will. Danach müssen wir in Zusammenarbeit von Volksschulleitung und Schulleitung Leitplanken ausarbeiten. Ich möchte nicht zehn verschiedene unkonkrete Massnahmen pro Standort.

Was heisst das denn konkret?

Eine Schule hat Lerninseln. Eine andere hat Förderklassen. Ganz wenige haben beides. Aber nicht mehr, um die Verzettelung zu vermeiden. Das soll die zu Recht kritisierte Unruhe in den Klassenzimmern möglichst beseitigen.

Ihr vielleicht grösstes Ziel: die Stärkung der Berufsbildung. Wie wollen Sie mehr Junge in eine Lehre bringen?

Da habe ich schon einiges gemacht. Mit den Wirtschaftsverbänden ist ein Projekt aufgelegt, dass das Gewerbe in den Schulen beworben und attraktiv gemacht wird. Und wir werden auch die Eltern in die Pflicht nehmen und ihnen aufzeigen, dass eine Lehre etwas Tolles ist. Dass man danach genug Geld verdienen kann. Dass

eine Lehre in der Schweiz genauso viel Wert hat wie eine Matur. Es muss nicht immer die Uni sein. Das habe ich auch meinen beiden Buben gesagt. Einer macht eine Lehre. Super. In dieser Sache bin ich übrigens wirklich ungeduldig. Da muss schnell mehr gehen.

Also steigern Sie die Quote von knapp 24 Prozent, die aktuell eine Berufslehre beginnen nach der obligatorischen Stufe, bis nächstes Jahr auf ein Drittel? Das galt mal als Wert, der erreicht werden soll.

Nein, das kann ich natürlich nicht versprechen. Aber es soll ein Ziel sein. Ich war vor ein paar Wochen bei einer Abschlussprüfung von Elektroinstallateuren. Sensationell, wie professionell, wie fachkundig das war. Auf allerhöchstem Niveau. Top-Fachkräfte sind das. Da wünsche ich mir, dass alle Lehrer sich das anschauen.

Die Lehrer sind allesamt Akademiker. Muss man nicht auch sie in die Pflicht nehmen, dass sie die Berufslehre ernst nehmen, sie nicht nur von der Uni schwärmen?

Ich wünsche mir, dass sie das tun. Es braucht von allen Seiten mehr Engagement – und ja, auch von den Lehrern, den Schulleitern.

Sie forderten als Nationalrat schon vor zwei Jahren ein Ausbildungsobligatorium. Jeder Schüler soll bis zum 18. Lebensjahr einen Beruf erlernt oder eine gymnasiale respektive eine Fach- oder

Berufsmaturität haben. Joël Thüring, der SVP-Grossrat, fordert das nun in Basel-Stadt. Das finden Sie top, oder?

Ja, das ist immer noch mein Ziel. Unsere Quote in Basel-Stadt liegt bei 85 Prozent. 95 sind das Ziel des Bundes. Diesem möchte ich mich unbedingt nähern. Aber ich muss sagen, als ich den Vorstoss gelesen habe von Kollege Thüring: Er fordert die Umsetzung innerhalb eines Jahres. Das ist leider unmöglich (*lacht*).

Viele Basler gehen nach der Schule an die Uni. Doch da gibt es Krach zwischen Stadt und Land. Wie wollen Sie da eine Lösung finden?

Ich bin mit Monica Gschwind in gutem Kontakt, auch in intensiven Gesprächen. Es gibt aktuell keine roten Linien, die überschritten worden sind vonseiten Landschaft. Das ist schon mal gut. Was ich einfach nicht will: jedes Mal wieder von neuem Verhandlungen zu Grundsatzthemen führen.

Das heisst wohl: Finanziell tragbar für beide – und Basel-Stadt zahlt die Differenz...

Na ja, diese Verhandlungen gibt es ja vor jeder Globalbeitragsverhandlung. Ich bin da entspannt, da sich auch der Baselbieter Regierungsrat und die Mehrheit der Landräte für die bikanonale Uni aussprechen. Dass wir via Standortkriterien gewisse finanzielle Ungleichgewichte akzeptieren können: Ja, das ist möglich und auch nichts Neues. Aber alles einfach zahlen – das geht nicht.